

F4f Rüsselsheim, Fragebogen 01/2021 zur Kommunalwahl

Allgemein

1. Die vom Menschen verursachte Klimakrise ist eine existentielle Bedrohung. Rüsselsheim sollte die Auswirkungen auf Klima und Umwelt bei sämtlichen Entscheidungen berücksichtigen..

Stimmen zu

Begründung: Wir haben die Ausrufung des kommunalen Klimanotstands unterstützt, der genau dies für die Drucksachen des Magistrats verbindlich festlegt. Wir haben die Ausrufung des kommunalen Klimanotstands unterstützt, der u.a. für die Drucksachen des Magistrats verbindlich festlegt, dass die Auswirkungen auf das Klima dargestellt werden. Womit dann eine Berücksichtigung der Auswirkungen deutlich erleichtert wird

2. Die Einhaltung des Pariser Klimaabkommens und die Begrenzung der globalen Erwärmung auf höchstens 1,5 Grad ist Aufgabe von höchster Priorität. Ziel ist deshalb, dass Rüsselsheim bis spätestens 2035 klimaneutral werden **soll**. Bereits Ende der nächsten Legislaturperiode müssen die Treibhausgasemissionen in Deutschland im Vergleich zu 1990 um 60% gesunken sein; bis Ende der übernächsten Legislaturperiode um 85%. Daran orientieren wir uns.

Stimmen zu

Begründung: Pariser Klimaabkommen von 2015 zur Rolle der Städte, Regionen und lokalen Behörden:

In dem Übereinkommen wird anerkannt, dass nicht zu den Vertragspartnern gehörende Interessenträger bei der Bekämpfung des Klimawandels eine wichtige Rolle spielen. Dazu zählen u. a. Städte, Behörden auf regionaler und kommunaler Ebene, die Zivilgesellschaft und die private Wirtschaft.

- Diese sind aufgerufen, ihre Anstrengungen zu verstärken und Maßnahmen zur Emissionsminderung zu unterstützen,
- ihre Widerstandsfähigkeit zu erhöhen und ihre Anfälligkeit gegenüber den negativen Folgen des Klimawandels zu vermindern,
- die regionale und internationale Zusammenarbeit fortzuführen und zu fördern.

Bereich Energie und Bauen

3. Wir haben das Ziel, alle Gebäude in öffentlicher Hand klimaneutral zu gestalten. Dazu müssen bestehende Gebäude energetisch saniert und alle geeigneten Dächer mit Photovoltaikanlagen und / oder Dachbegrünung ausgestattet werden.

Stimmen zu

Begründung: Auch durch Vorschriften (Satzungen, Bebauungspläne) dafür sorgen, dass dies nach und nach auch bei privatem Bauen, insbesondere der großen Wohnungsbaugesellschaften klimaneutral gebaut wird. Weiterhin Einfluss nehmen auf die Bundesgesetzgebung, dass Photovoltaik und Dach-/Wandbegrünung stärker gefördert werden.

Ein Ausschnitt aus dem Kapitel Wohnen unseres KW-Programms:

„Viele Studien zeigen, die Klimakatastrophe ist kaum noch aufzuhalten. Um die Folgen einigermaßen im Rahmen zu halten, muss jede Maßnahme auf ihre Umweltverträglichkeit geprüft werden. So auch die Schaffung von neuem Wohnraum. Gesunder Boden ist ein wertvoller CO -Speicher. Von weiteren Flächenversiegelungen – wie jetzt leider für die Eselswiese in Bauschheim geplant – muss daher abgesehen

werden. Um trotzdem weiteren Wohnraum zu schaffen, soll auf bereits versiegelte Fläche zurückgegriffen werden. Dies kann durch Verdichtung oder Aufstockung geschehen – oder aber durch Umnutzung von z.B. ehemals gewerblich genutzten Flächen (Opel-Altwerk, Leerstände in Bürogebäuden, weitere von Opel in Zukunft freigegebene Flächen etc).

4. Wir planen spezifische und sofortige Maßnahmen, um die Ausstattung geeigneter Dächer mit Photovoltaik und den Ausbau der Erneuerbaren Energien im Wärmebereich zu beschleunigen.

Stimmen zu

Begründung: siehe Antwort bei 3. bzgl. entsprechender Vorschriften für spezifische und sofortige Maßnahmen (z.B. im Bebauungsplan für die Eselswiese)

5. Wir wollen alles in unserer Verantwortung stehende dafür tun, dass Rüsselsheim bis spätestens 2035 zu 100% mit erneuerbaren Energien versorgt wird.

Stimmen zu

Begründung: unser erster Antrag nach der Wahl 2011 war darauf gerichtet, dass die Stadt als Verbraucher und die Stadtwerke als Energielieferant nur noch Strom aus erneuerbaren Energien nutzt bzw. liefert. Ansonsten sind Klimaneutralität und 100% erneuerbare Energien bis 2035 notwendig, um die Chance zu haben, das 1,5 Grad-Ziel zu erreichen.

Ergänzungen Linke/Liste Solidarität

6. Unbedingt notwendig zum „Klimaschutz“ (der eigentlich Menschen-, Tier- und Pflanzenschutz ist) ist eine ökologische Verkehrswende (Fuß, Rad, ÖPNV fördern, erleichtern, attraktiver machen; PKW, LKW, Schiff und insbesondere Flugverkehr unattraktiver machen, zum Teil schlicht (Kurzstreckenflüge) verbieten

7. Unbedingt notwendig ist der Schutz der neben Boden und Meeren wesentlichen CO₂-Senke, des Waldes und auch kleinerer Baumbestände. Deshalb Linke/Soli (erfolgreich) für Erhalt von Bäumen des Ostparkrands, auf dem Gemeindeplatz (teilweise), dem Marktplatz, in Königstädten/EKZ.